

**August Robert Friese** heißt ein etwas weniger bekannter Buchhändler und Verleger Leipzigs, der die politische Publizistik der 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts in der Deutschen Buchhandels- und wohl auch ungekürzten „Pressehauptstadt“ maßgeblich mitbeeinflusste. Die Hoch-Zeit seines politisch-publizistischen Schaffens lag zwischen 1840 und 1848.

Bedeutend für die politische Entwicklung Robert Friese zum engagierten Demokraten war seine Bekanntschaft und zunehmende persönliche Freundschaft vor allem seine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Robert Blum, dem populärsten oppositionellen Demokraten der Meißener Zeit im Vormärz und der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49. Diese Freundschaft prägte Robert Friese in seinem letzten Lebensjahrzehnt.

Im Verlag von Friese erschien mit den „Sächsischen Vaterlandsblätter“ (1840 bis 1843) eine entscheidend aufsteigende Zeitung, die schon bald zu einem nationalblättrigen Blatt der Demokratie von Rang und Ansehen wurde. Die „Sächsischen Vaterlandsblätter“ – redigiert unter anderem von Georg Günther, Robert Blum, Carl Eduard Cramer – wurden vor allem zum Sprachrohr des sich zunehmend selbständigenden Kleinbürgertums Sachsens. Die Justizbehörden Sachsens griffen nicht selten zu repressiven Mitteln, um die praktische Wirkung der Zeitung (Auflage mit beacht-

### August Friese - ein engagierter Demokrat

Zum 140. Todestag des Leipziger Verlegers (1805-48)

Schon 1000 Exemplare) einzulassen, Redakteure und Herausgeber wurden so mit dem Konzeptionsentwurf (Herausgeberlaubnis) bedroht. Mehrfach waren die Redakteure auch „Besoldigungsprozessen“ ausgesetzt und wurden mit Geld- und Freiheitsstrafen bestraft.

1848 und 1849 öffneten sich die „Sächsischen Vaterlandsblätter“ auch der antifeudalen religiösen Oppositionsbewegung, dem „Deutsches-Katholizismus“. In ihrer publizistischen u. a. der Führer dieser religiösen antifeudalen Erneuerungsbewegung, der sächsische Priester Johannes Henge.

Trotz zunehmender Repressionen im Herbst 1845 blieb Friese Blum sein politischer Linie treu: Das halbfeudale System sah schließlich nur noch im Verbot die letzte Möglichkeit, das führende Oppositionsblatt auszuschalten. Ende 1845 entzog die sächsische Regierung dann auch den „Sächsischen Vaterlandsblättern“ von Robert Friese die Konzession. Damit verlor man die sächsischen Demokraten nicht nur ihrer publizistischen Führungsstimme. Für Robert Friese bedeutete das auch große finanzielle Verluste.

Als die sächsische Opposition 1846 ein Pressegesetz erkaufte, das die Zensur aller Schriften über 20 Bogen (1720 Seiten) aufhob, nutzte Robert Friese seine junge Freiheit durch die Herausgabe von mehreren politischen Taschenbüchern. Für die hauptsächlich Robert Blum verantwortlich zeichnete. Auch diese „Volkstaschenbücher“ wurden mehrfach konfisziert.

Im Juli 1847 gründete danach Friese die Verlagsbuchhandlung „Robert Blum & Co.“. Es spricht für die Beschcheidenheit Friese, daß er auf seinen Namen in Titel des Unternehmens verzichtete. Das Jahr 1848 wurde dann nicht nur zu seinem letzten Lebensjahr, sondern auch zum Höhepunkt seiner politischen Kampfe. Nach der Ausrufung der Zensur und der Verkündung der bürgerlichen Pressefreiheit erschienen die „Vaterlandsblätter“ wieder, die in den ersten Revolutionswochen ihre alte Popularität und politische Bedeutung zurückgewannen.

Friese wurde zu einem führenden Leitungsglied des demokratischen Vaterlandsvereins. Während Robert Blums Abwesenheit (er war zum deutschen Nationalvertreter in Frankfurt ernannt worden) führte Friese das herausragende kleinbürgerliche Verlagsgeschäft weiter. Er erzielte auch die Herausgabe des „Volkstaschenbuches der Staatswissenschaften und Politik“ - Ein Staatsrecht für das Volk - zu einem bedeutsamen theoretischen und geschichtlich-politischen Dokument der Kleinbürgerlichen Demokratie wurde.

Robert Friese starb am 7. November 1848.

TOMAS KITTAN -Sektion Journalistik-



Trauerzug des Berliner Proletariats anlässlich der Beisetzung der Opfer der Blutwochnacht, 29. Dezember 1918

**Arbeiter!**  
Die Stunde ist gekommen, wo es zu handeln gilt!  
Die Revolution hat geübt in Kiel, Lübeck, Hamburg, Bremen, Hannover, Schwerin, Oldenburg, Rostock.  
**Bayern ist Republik!**  
Weicht euch zur Erhebung der politischen Welt!  
Zittert das Joch der Reaktionen ab!  
**Verlaßt die Betriebe**  
für die sozialistische Republik!  
Worsetzt euch der polnischen Welt!  
Doranz zur Hutierung der Zeit!  
**Auf! Generallstreit!**

Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates Leipzig



Bewaffnete revolutionäre Arbeiter und Soldaten in der Berliner Innenstadt am 9. November 1918

## Auftakt zu einer UZ-Serie über die Novemberrevolution

# Die weitreichenden Folgen der Revolution

Vom Einfluß der Revolution auf die Entwicklung in Deutschland und Europa

Die revolutionären Massenkämpfe an der Jahreswende 1918/19 in Deutschland, in deren Verlauf als zukunftsweisendes Ereignis der Revolution die Entwicklung in Deutschland weit über unmittelbare Wirkung hinaus, Sieg oder Niederlage der Revolution in Deutschland entschieden letztendlich über die Perspektiven des Sozialismus auf lange Sicht. Davon ließ sich die entstehende kommunistische Weltbewegung leiten, darüber war sich aber auch die internationale Monopolbourgeoisie klar.

Die Niederlage der deutschen Revolution brachte erhebliche Belastungen für die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion mit sich. Daraus leitete sich auch die schärfe Auseinandersetzung der Rosa Luxemburg mit den Führern der deutschen Sozialdemokratie ab, die die deutsche Arbeiterklasse daran hindern, ihrer internationalistischen Verantwortung für den Sozialismus gerecht zu werden. Rosa Luxemburg sah die Gefahr, daß die russische Revolution bei einem Ausbleiben der sozialistischen Revolution in Deutschland sowohl durch die internationale Kontroverse bedroht wird, als auch daß sie durch die internationale Isolierung in ihrer Entwicklung selbst gefährdet ist. Insbesondere befürchtete sie, daß der revolutionäre Terror sich verschärfen könnte.

Die revolutionären Kämpfe, primär die des Januar 1918 und die Verteidigung der Münchner Räterepublik, besaßen für die Konstituierung der kommunistischen Bewegung in Deutschland eine außerordentliche Bedeutung. Die Bewährung der Kommunisten in diesen Kämpfen ließ sie zur ureigenen Tradition der KPD werden, wie sie sich in den Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Festtagen alljährlich dokumentierte.

Demgegenüber war das Verhältnis zur gesamten Novemberrevolution lange Zeit durch die Rolle der SPD in dieser Revolution belastet, die diese Ereignisse, insbesondere den 9. November, als ihre Feiertage besetzte. Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, an überzeugenden Persönlichkeiten, ohne die die KPD so nicht denkbar gewesen wäre, bewirkte in der KPD

geprägter Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, die materielle Vorbereitung der sozialistischen Revolution durch die Ausprägung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, drängten wahrscheinlich wie in keinem anderen Lande in dieser Zeit auf eine sozialistische Lösung. Insofern gerät diese Revolution in den Zyklus der sozialistischen Revolution, der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eröffnet wurde.

Die Wertung der Revolution als antimperialistische Volkerevolution oder als antimperialistisch-demokratische Revolution zielt vor allem auf den neuen Typus der Demokratie, der durch die revolutionäre Arbeiterbewegung in diesem hochentwickelten imperialistischen Land angestrebt wurde.

Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und vor allem die Konzipierung und Anwendung der Volksfrontstrategie forderte in der KPD nach 1933 eine differenziertere Sicht auf die deutsche Revolution und eine stärkere Hervorhebung der positiven Wirkungen auf die deutsche Gesellschaft. Seit Otto Grotewolfs bekannter Schrift aus dem Jahre 1948 werden in den Würdigungen der Revolution durch die Partei- und Staatsführung vor allem die Kämpfe der Volksmassen gegen den Krieg und für reale gesellschaftliche Umwälzungen hervorgehoben.

Das die Novemberrevolution in Deutschland - sowohl in der Schärfe ihrer Klassenaussagen als auch in ihrem negativen Ergebnis her - Fernwirkungen in der gesamten deutschen Geschichte zumindest bis in die vierziger Jahre hatte, ist an den Reaktionen der unterschiedlichsten Klassenkräfte seit 1918 sichtbar: Ob Gegner gleichlicher revolutionärer Veränderung, ob die Revolution als unzureichend im Verhältnis zur russischen Revolution kritizierend, ob die Revolution für sich in Besitz nehmend - an den Ereignissen und Folgen der Monate vom November 1918 bis Mai 1919 konnte keiner vorbei. So lebte selbst die faschistische Führung unter dem Trauma der Revolution von 1918, war um jeden Preis bemüht, durch soziale Korruption ein gleiches Ende des zweiten Weltkrieges zu verhindern.

Die Weimarer Republik war das Ergebnis der Novemberrevolution. Sie stellte einen mühsam ausbalancierten Kompromiß dar, mit dem sich keine der beiden Hauptklassen identifizieren konnte. Der Streit um die Chancen dieser Republik angesichts der scharfen Klassenkämpfe ist alt und durch den dramatischen Untergang am 30. Januar 1933 voller Zündstoff. Gegenwärtig fragen Historiker wie Wolfgang Ruge eher nach Alternativen zum Untergang dieser Republik, und warum sie nicht genutzt werden konnten. Für die Haltung der demokratischen Kräfte am Ausgang der Weimarer Republik ist zu bedenken, daß die Republik des Jahres 1933 eine andere war als die von 1918 und daß eine Verteidigung höchstens durch eine Rückkehr an ihren Beginn und durch das Aufstoßen neuer Türen erfolgen konnte.

Schwerer als die politischen Folgen sind die sozialen Folgen der Revolution zu beurteilen. Das ist die Komplexität dieser Frage erschwerend - wie lassen sich Folgen der Revolution absetzen von Folgen des Krieges, von Folgen der „normalen“ kapitalistischen Entwicklung in der Zeit der allgemeinen Krise des Kapitalismus? Hauptursache ist aber sicher, daß wir im Unterschied zum 19. Jahrhundert zu wenige Forschungen zur Entwicklung der Klassen und Schichten in der Zeit und in der Folge der Revolution haben. Ein Kolloquium unseres Wissenschaftsbereiches Deutsche Geschichte 1917 bis 1945 aus Anlaß des 70. Jahrestages der Revolution soll helfen, diese Lücken zu schließen.

Einige soziale Wirkungen der Revolution sollen abschließend trotzdem skizziert werden:

Gemessen am Ziel der Revolution war die Arbeiterklasse natürlich der Verlierer der Revolution, die Ereignisse und Erfahrungen von der Jahreswende wirkten in ihr aber

Dr. sc. ULRICH HESS, WB Deutsche Geschichte 1917 bis 1945

Regionalgeschichte/Historische Hilfswissenschaften

## Ein „Jahrhundertwerk“ für Spitzenverdiener

Steuerreform 1986 bis 1990 in der BRD - welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit diesem Gesetz?

Vor wenigen Wochen wurde vom Bundestag der BRD das „Jahrhundertwerk“ deklarierte Gesetz über die Steuerreform verabschiedet. Diesem Ereignis schenkten die bürgerlichen Medien außerordentlich große Aufmerksamkeit. Der ungeheure Aufwand durch die Medien war zweifelslos notwendig, um den Steuerzahlern das „wahre Ziel“ der Reform deutlich zu machen. Ziel ist ein gerechteres und einfacheres Steuersystem, das die berufliche Leistung anerkennt, die Familie stärker entlastet und die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert.“ (aus dem Gesetzentwurf, in: Bundesdrucksache 11/2157, vom 19. 4. 1988, S. 1).

Die Bundesregierung verspricht bessere soziale Ausgleichsmaßnahmen durch Steuergleichheit. Außerdem will man damit auch einen „marktwirtschaftlichen Steuerpolitik“ besser gerecht werden. Schließlich sollen angebliche Nachteile der BRD als internationaler Finanzplatz abgebaut werden, indem in- und ausländischem Kapital bessere Anlagebedingungen „gewährt“ werden, was letztlich in der gesamten Bevölkerung zugute komme. Insgesamt sollen durch die Senkung der Lohn- und Einkommens- sowie der Körperschaftsteuer die Unternehmen und angeblich auch die privaten Haushalte um über 40 Milliarden DM entlastet werden.

Die Frage ist, kann sich eine Regierung derartige „Steuerge-

schenke“ leisten, wenn allein 1988 die gesamte Staatsverschuldung um 63 Milliarden DM steigt (Wirtschaftswache) vom 22. 6. 88, S. 3) und damit mittlerweile bei insgesamt über 900 Milliarden DM angelangt ist?

Steuerreformen sind so alt wie das kapitalistische System. Sie haben immer die Aufgabe, das bestehende System zu stärken, und es den veränderten Bedingungen anzupassen.

Die Steuerreform 1986-90 wird in drei Stufen - 1986, 1988 und 1990 - durchgeführt. Kern des Gesetzes bildet die Reform der Tarifsätze für die Einkommens- und Körperschaftsteuer. Dabei wird ab 1990 der Grundfreibetrag zwar von 4752 DM auf 5616 DM (für Einzelpersonen), bzw. von 9204 DM auf 11.232 DM (für Ehepaare) pro Jahr erhöht, gleichzeitig aber wird der Spitzensteuersatz für Körperschaften von 56 Prozent auf 50 Prozent und der für Einkommen von 56 Prozent auf 53 Prozent gesenkt (Bundesdrucksache 11/2157, S. 119). Letzteres betrifft Einkommen ab 120.000 (bzw. 240.000) DM pro Jahr.

Weiterhin ist die neue Steuertabelle so gestaffelt, daß vor allem die sogenannten „kleineren und mittleren Einkommen“ relativ hoch besteuert werden. Dadurch erhält das eine Prozent Spitzenverdiener genausoviel Steuerentlastung wie die gesamten 90 Prozent der unteren Hälfte der Einkommensskala (1, Un-

serer Zeit“, vom 24. 6. 88).

Das ist aber nur die eine Seite. Die andere liest sich in offiziellen Materialien so: „Zugleich sollen zur Steuervereinfachung (1) und zur gleichmäßigeren (1) Besteuerung Steuervergünstigungen und steuerliche Sonderregelungen in einer Größenordnung von fast 19 Milliarden DM zurückgeführt werden.“ (Bundesdrucksache 11/2157, S. 1) Das bedeutet im Klartext, daß auf diese Art und Weise vor allem für die Berufstätigen bisher geltende Steuervergünstigungen aufgehoben werden. Das betrifft insbesondere die Abschaffung des sogenannten „Arbeitnehmerfreibetrages“. Bisher mußten für einige Einkommensarten keine Steuern entrichtet werden, wie z. B. für den Weihnachtsfreibetrag. Ebenso werden in Zukunft regelmäßige Einkünfte aus Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit versteuert. Weiterhin entfallen: der Steuerfreibetrag für Essensgeld (bisher 1,50 DM pro Tag) und Belegschaftsrabatte, Prämien für Bauparverträge werden gekürzt. All diese Maßnahmen sollen dazu führen, daß das sogenannte „Finanzloch“ im Bundeshaushalt in Grenzen gehalten wird, nämlich nicht mehr als 21 Milliarden DM beträgt.

Über Sinn und Ziele der Steuerreform sowie über einzelne Maßnahmen wird nicht nur in den Medien, sondern vor allem auch in den verschiedenen Parteien gestritten. Insbesondere die SPD ist gewun-

e, 3,4 Milliarden DM durch die Einführung der Quellensteuer (auf Lebensversicherungen, Girokonten und Spareinlagen bei Banken).

In summa: 22,3 Milliarden DM. Damit bleibt von den versprochenen Entlastungen in Höhe von über 40 Milliarden DM für „private Haushalte und Familien“ nicht viel übrig. Diese Rechnung macht deutlich, für wen diese Steuerreform ein „Jahrhundertwerk“ ist. Weder die Bundesregierung noch das Monopolkapital müssen in Zukunft von ihren Einnahmen und Gewinnen Abstriche machen. Im Gegenteil. Diese Steuerreform stellt eine massive Umverteilungsaktion von unten nach oben in der Geschichte der BRD dar - insofern ist sie wirklich ein Jahrhundertwerk. Der unsoziale Charakter der Reform wurde am Beispiel für die geplante Steuerfreiheit für Flugbenzin offensichtlich.

Wir können also feststellen: Durch die Steuerreform wird weder eine Steuervereinfachung, geschweige eine Steuergleichheit erzielt. Die bestehenden gesellschaftlichen Tabus bleiben unangefasst. Mit einer Demagogie ohnegleichen wurde dieses Gesetz über die Köpfe der Bevölkerung hinweg durchgesetzt. Trotz der Betätigung der Bundesregierung, eine steuerliche „Weltbewebsneutralität“ zu erwirken, trägt diese Reform auch zu steuerlichen Konkurrenzvorteilen der BRD-Industrie bei. Die Steuerreform ist eine Waffe gegen die Bevölkerung und gegen die ausländische Konkurrenz.

(Oberseminar Finanzgeschichte - AXEL FREICK, JOCHEN ROSENBERG, TORSTEN ZÖFELD -Sektion Wirtschaftswissenschaften